

## Kurzinformationen

**Die Notwendigkeit der Einheit innerhalb der Kirche hat Papst Paul VI. bei einer seiner traditionellen Mittwoch-Ansprachen anlässlich der Generalaudienz unterstrichen.** Häufig fallen gerade in diesen kurzen Reden Äußerungen, die für den jeweiligen Kurs des Pontifikates charakteristisch sind. In einer nicht alltäglichen Schärfe sprach der Papst von einer „modernen Tendenz, eine wirkliche, solide und tätige *Einheit der Kirche* aufzulösen“, vom „Geist des Protestes, des freien Pluralismus, der leichtfertigen Kritik, der subjektiven, dem Lehramt gegenüber polemisch eingestellten Interpretation der Kirche“ (vgl. *Osservatore Romano*, 29. 1. 76). Er beklagte einen „zentrifugalen Einfluß protestantischer Herkunft“, begründet in einem Konzept „absoluter Freiheit“. Der vom Ökumenismus geförderte Gedanke von Solidarität und Einheit habe noch nicht zur Wiedererlangung einer „authentischen und organischen“ innerkirchlichen Einheit geführt. Dagegen habe historischer Relativismus, aber auch ein modischer politisch-sozialer Opportunismus den Sinn für die Einheit geschwächt. Der Papst rief dazu auf, „ohne eifersüchtige und feindselige Behauptung der eigenen spirituellen und religiösen Autonomie“ auf die Erfordernisse der Einheit der katholischen Gemeinschaft zu achten. – Wenige Tage später hat Paul VI. in einer Rede vor den Richtern der Rota Romana die traditionelle lehramtliche Position in der Ehelehre bekräftigt. Dabei trat der Papst mit Nachdruck „*heutigen permissiven Tendenzen*“ auf dem Gebiet von *Eherecht und Ehemoral* entgegen. Die vom Zweiten Vatikanum anerkannte Aufwertung der ehelichen Liebe werde heute mitunter übertrieben, das „fundamentale Gut der Nachkommenschaft“ dagegen unterbewertet. Der Papst wandte sich gegen die Unterordnung der rechtlichen Gültigkeit des Ehebandes unter die eheliche Liebe. Die Auffassung, „mit dem Verlöschen der Liebe – oder vielmehr der anfänglichen Liebesleidenschaft – höre auch der unwiderrufliche, aus freier und liebender Zustimmung eingegangene Ehebund zu bestehen auf“, führe zum Bestreben, die Möglichkeit der Ehescheidung zu erleichtern. Ausdrücklich nannte Paul VI. die „beträchtliche Zunahme“ der bei der Rota angestrengten Eheprozesse als Anlaß für seine Äußerungen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Ehegatten durch ihr Jawort in eine „objektive Ordnung“ eintreten, die – von Gott eingerichtet – über ihnen steht. Deshalb würde die Liebe „aus einem anfänglich spontanen Gefühl zu einer bindenden Pflicht“ (vgl. *Osservatore Romano*, 9./10. 2. 76).

**Unter der Leitung von Kardinal Sergio Pignedoli, Präsident des vatikanischen Sekretariats für die Nichtchristen, weilte vom 1. bis 6. Februar 1976 eine Delegation vatikanischer Islamexperten in der libyschen Hauptstadt Tripolis**, um dort mit islamischen Theologen zu einem Dialogseminar zusammenzutreffen. Die Vereinbarung, ein solches Seminar abzuhalten, wurde aufgrund einer Anregung geschlossen, die während des vorjährigen Besuches des libyschen Ministerpräsidenten *Jalloud* bei Papst Paul VI. vorgebracht worden war. In Aussicht genommen wurden je 12 Gesprächsteilnehmer und je 30 Beobachter von jeder Seite. Die libyschen Organisatoren des Treffens stilisierten das Seminar jedoch zu einer Großveranstaltung hoch, die in der größten Kongreßhalle von Tripolis stattfand. So hatten die Gesprächsteilnehmer auf der Bühne des großen Saales Platz zu nehmen und vor etwa 400 Beobachtern und mehr als 200 Journalisten aus 50 Ländern zu diskutieren, die auf Kosten der Republik

Libyen eingeflogen wurden. Unter den Zuhörern befanden sich zahlreiche islamische Würdenträger aus Afrika und Asien, die Leiter islamischer Zentren in Europa und Amerika, Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland, des Moskauer Patriarchates, der Koptischen Kirchen, der Maroniten im Libanon und der Chaldaeischen Kirche in Bagdad, aber auch Revolutionäre wie *Joe Stokely Carmichael* („Black power“ in den USA), der zur Zeit von Conakry (Guinea) aus eine „Panafrikanische revolutionäre Partei“ organisiert. Von vatikanischer Seite hatte man als Vorbedingung des Treffens die Ausklammerung politischer Fragen verlangt, und im Verlauf der Gespräche beschränkten sich die katholischen Gesprächsteilnehmer strikt auf theologische und religiöse Fragen. Trotzdem kam es von islamischer Seite immer wieder zu politischen Vorstößen im Zusammenhang mit dem Israel-Problem, die von seiten der vatikanischen Delegation mit Schweigen aufgenommen wurden. Dadurch kam es streckenweise zu einer Debatte auf zwei verschiedenen Ebenen, die grundlegende Schwierigkeiten im Dialog mit dem Islam kennzeichnen dürfte. Als in die Abschlusserklärung Passagen gegen Israel aufgenommen wurden, weigerte sich Kardinal Pignedoli, der in dieser heiklen Situation gewandt agierte, diese zu unterzeichnen. *Mohammed Gaddafi*, der Vorsitzende des Libyschen Revolutionsrates, nahm an einer Sitzung des Seminars persönlich teil und meldete sich mit einem langen Monolog zu Wort, indem er die Rückkehr „der Moslems zum ursprünglichen Koran, die Rückkehr der Juden zur ursprünglichen Thora und die Rückkehr der Christen zur ursprünglichen Bibel“ forderte. Seine Absicht dürfte es gewesen sein, mit diesem Seminar dem politisch anders strukturierten Nachbarland Ägypten den Rang abzulaufen, die Rolle Libyens als Schrittmacher der panarabischen Einigung erneut zu unterstreichen und die Christen in eine Front „gegen das zionistische Israel“ einzubinden. Den Vatikan hingegen mag die Möglichkeit motiviert haben, gerade mit jenem Politiker ins Gespräch zu kommen, der bis jetzt einen besonders intransigenten Kurs gegenüber den christlichen Kirchen verfolgt hatte, und in dessen Hauptstadt auch heute noch alle katholischen Kirchen (einschließlich der Kathedrale) mit einer einzigen Ausnahme gesperrt oder zweckentfremdet sind. Vor diesem düsteren Hintergrund neue Wege des gegenseitigen Verstehens zu finden, war das Bemühen der vatikanischen Delegationsmitglieder, unter denen der in Algerien wirkende „Weiße Vater“ *P. Lanfry* besondere Zustimmung, ja Jubel bei den muslimischen Zuhörern auslöste. Er trat für ein neues Verhältnis der Christen zum Propheten Mohammed ein und bat alle Moslems um Vergebung für die zahlreichen Beispiele von Unverständnis und Ungerechtigkeit von seiten der Christen: „Ich beklage, daß unsere islamischen Brüder so oft beleidigt wurden.“

**Vom 26. bis 28. Januar 1976 trafen sich in Bad Gandersheim Delegierte des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) zu einem Meinungsaustausch.** An der Spitze der katholischen Delegation stand der Präsident des CCEE, Erzbischof *Roger Etchegaray* von Marseille, die Delegation der KEK leitete deren Präsident *André Appel* (Straßburg). Ebenfalls vertreten waren die Sekretäre beider Organisationen, Bischofsvikar *Alois Sustar* (Chur) und *Glen Garfield Williams* (Genf). Gegenstand der Gespräche war neben allgemeinen theologischen und ökumenischen

Themen auch die Situation in Nordirland. Nach Auskunft des Schlußkommuniqués wurden zu diesem Problem Vorschläge für gemeinsame Aktionen ausgearbeitet (vgl. La Croix, 31. 1. 76). Außerdem kam man überein, eine Studienkommission zu Fragen theologischer und praktischer Kooperation zwischen den Kirchen zu schaffen und sich im kommenden Jahr zu einem ähnlichen Treffen auf breiterer Basis zusammenzufinden. Bei einem Empfang, den der Braunschweigische Landesbischof und Catholica-Beauftragte der EKD, *Gerhard Heintze*, gab, äußerte Erzbischof Etchegaray, die ökumenische Zusammenarbeit müsse in erster Linie auf Gemeindeebene geschehen. Appel bezeichnete es – offensichtlich in Anspielung auf das letzte europäische Bischofssymposium in Rom (vgl. HK, Dezember 1975, 600) – als wichtige Aufgabe, „herauszufinden, wo die wirkliche Verantwortung der Kirche auf europäischer Ebene zu suchen ist“ (epd, 29. 1. 76).

Im Anschluß an das gemeinsame Treffen tagte das Präsidium der KEK. Auch bei dieser Gelegenheit beschäftigte die Teilnehmer die Lage in Nordirland. Der wichtigste Tagesordnungspunkt war aber die Frage der achten Vollversammlung der KEK, deren Ort und Zeitpunkt bisher noch nicht feststeht. Eine Entscheidung darüber wurde auf die nächste Präsidiumssitzung im Mai in Sagorsk vertagt. Mit besonderem Interesse wurden die Ausführungen der Magdeburger Bischofs *Werner Krusche* aufgenommen, der in seiner Eigenschaft als Präsidiumsmitglied der KEK von den DDR-Behörden eine Ausreisegenehmigung erhalten hatte. In Anspielung auf Berichte, nach denen eine Reihe von Pfarrern die DDR verlassen habe und angeblich immer mehr Pfarrer diesen Schritt ins Auge fassen, sagte Krusche: „Ein Pastor muß dort stehen, wo er gebraucht wird“ (epd, 2. 2. 76). Man brauche sich trotz des allmählichen Aussterbens der Volkskirche keine Sorge um die Zukunft der Verkündigung in der DDR zu machen. Ohne in die Rolle der fehlenden Opposition zu fallen, „gehen wir den uns eigenen Weg der Jünger Jesu Christi auf dem schmalen Pfad zwischen Opposition und Opportunismus“.

Die **Dialogkommission der Vereinigten Methodistenkirche (10 Mill. Gläubige) und der römisch-katholischen Kirche in den USA** veröffentlichte Mitte Januar 1976 ein Statement: „Heiligkeit und Spiritualität des kirchlichen Amtes“. Man ging nicht wie andere Konsensdokumente zum Amt von der sakramentalen Weihe durch Handauflegen in der apostolischen Sukzession der Bischöfe aus, sondern nach methodistischer Mentalität von „Gottes Ruf zur Heiligkeit“ an alle, zumal die Amtsträger (NCNS, 12. 1. 76). „Die grundlegenden Funktionen unserer Geistlichen sind dieselben“: Verkündigung des Evangeliums Jesu, Auslegung der Schrift, die Gläubigen zum Leben in der Agape anhalten, sie zum Gebet führen und zur Begegnung mit Christus in den Sakramenten. In der Eucharistie führen die Ordinierten den Vorsitz. Sie „versuchen, im ökumenischen Dialog eine Vision der christlichen Wahrheit zu finden, die die Autorität dieser Wahrheit bei allen Gläubigen begründet“. Sie müssen den Nöten unserer Tage dienen: Frieden und Versöhnung unter Familien, Rassen, Klassen und Völkern stiften, auch auf Kosten ihres Wohlstands, und notfalls im Leiden die Opfer der Unterdrückung verteidigen sowie am Kampf für politische, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit teilnehmen. Die *Ordination* „ist ein sakramentaler Akt, durch den die Kirche den Ruf des Geistes bei bestimmten Personen anerkennt und autorisiert“. Das Amt Christi ist „Quelle und Norm für den kirchlichen Dienst“. Der Hohe Priester Christus „heiligt die Minister und ihre Handlungen durch die Macht seiner ständigen Gegenwart“. Er erwartet ein heiliges Leben als Antwort auf den Ruf an die Kirche, „Sym-

bol der Heiligkeit, Apostolizität, Katholizität und Einheit“ zu sein. Diese Heiligkeit verstehen Methodisten und Katholiken verschieden. Letztere betonen die eucharistische Spiritualität und den lebenslangen Zölibat, die Methodisten halten das Amt offen für Einzelne und Verheiratete, für Männer wie Frauen. Diese Unterschiede widersprechen sich nicht, sie ergänzen sich. Das nicht offizielle Dokument verantworten der katholische Bischof *James W. Malone* (Youngstown/Ohio) und der Methodistenbischof *James K. Mathews* (Washington D.C.). Zu den katholischen Theologen gehört *Georges Tavad*.

**Die katholischen Laien Indiens fordern immer energischer mehr Mitspracherecht in der Kirche.** Der jüngste Vorstoß kam im Januar von der Katholischen Union Indiens, die seit 1945 das offizielle Sprachrohr der Laien des Landes ist. Sie richtete an die Bischöfe Indiens, die in Hyderabad ihre zweijährliche Konferenz abhielten, eine entsprechende Bittschrift (Fides, 17. 1. 76). Die vom Präsidenten der Katholischen Union, Chev. *Denzil D'Monte*, unterzeichnete Petition ist – wie es in einem Bericht hieß – „in ziemlich ungeduldige Sprache gekleidet“, obwohl es im Text selbst heißt, das Anliegen werde „nicht im Geist der Konfrontation“ vorgebracht, „sondern im Geist der Versöhnung und in der Hoffnung, daß im neuen Jahr die Bischöfe eine neue Richtung einschlagen und die strukturellen und anderen Änderungen vornehmen, die notwendig sind, um das christliche Leben in Indien zu einem Unternehmen zu machen, an dem sich alle Katholiken beteiligen“. Aktueller Anlaß für das Schreiben war die Ankündigung des Sprechers der Bischofskonferenz von Indien gewesen, die Konferenz von Hyderabad werde „weitreichende Veränderungen in der indischen Kirche ins Auge fassen“. Die Katholische Union erklärte dazu, diese Zielsetzung werde von allen Katholiken, „die von der Kirche in Indien erwarten, daß sie mit der Zeit geht und sich immer aktiver in das nationale Leben einschaltet“, lebhaft begrüßt. Um so befremdlicher sei das offensichtliche Festhalten der Bischöfe an der herkömmlichen Einstellung zu den Laien in der Kirche. Diese sei „paternalistisch, legalistisch und hochfahrend und zum Teil dafür verantwortlich, daß die Kluft zwischen Gebot und Praxis immer größer“ werde. Diese „anachronistische Haltung“ soll, wie die Union sagt, „einer Haltung Platz machen, die es dem ganzen Volk Gottes erlaubt, an den Planungen für die Zukunft teilzunehmen. Der wirksame Weg, das zu erreichen, ist die dem Laien eingeräumte Möglichkeit, bei den Beschlußfassungen der Bischofskonferenz mitzureden“. In dem Schreiben bezeichnet sich die Katholische Union von Indien als eine „all-indische Organisation mit mehr als fünfzig angeschlossenen Einheiten im ganzen Lande“. Wie die Bischofskonferenz habe auch sie die Aufgabe, die katholischen Interessen in Indien zu wahren und zu fördern. Mehr als einmal habe sie an die Bischöfe appelliert, um sie zu bewegen, zu ihren Besprechungen auch Laien heranzuziehen: „Wir verstehen, daß – genau genommen – Laien bei einer Konferenz von Bischöfen nicht als Mitglieder teilnehmen können, aber was hindert die Bischofskonferenz daran, diese Formsache aus dem Weg zu schaffen? Oder wenigstens Laien als Beobachter einzuladen?“ Bisher hätten, so heißt es in der Petition, die Union und die Bischofskonferenz manchmal wegen fehlender Abstimmung geradezu „gegeneinander gearbeitet“, was zu „unliebsamen Konfrontationen und Verwirrung“ geführt habe. Ein besonderes Übel sei es, daß beide Organisationen Kommissionen für die gleichen Sachgebiete haben oder „zwei Rechtsanwälte bestellen, um dieselbe Sache vor Gericht zu verfechten“. Nach Meinung der Union wäre es ohnehin vernünftiger, wenn die Bischöfe den Laien Gebiete überließen, in denen sie sich als zuständige Fach-

leute ausgewiesen haben, wie Erziehung und Familie, Sozial- und Wirtschaftsleben, öffentliches Leben und Politik, Arbeiterfragen, soziale Kommunikation. Auch sollte den Laien direkte Verantwortung übertragen werden für ihre Tätigkeiten in der katholischen Gemeinschaft: „Was die Katholische Union Indiens in dieser Hinsicht sucht, ist nicht ein Privileg für den Laien, sondern die Anerkennung seines Rechts als Glied des Volkes Gottes.“ Der Nationale Laienbeirat könne in seiner gegenwärtigen Form nicht zur Verwirklichung des Ziels beitragen, weil er einerseits nur beratende Funktion habe und andererseits überwiegend aus Priestern und Ordensleuten bestehe. Besonders eindringlich warnt die Petition vor weiteren Experimenten in der Frage der Indisierung der Kirche ohne Anhörung des Standpunktes der Laien. Bisher hätten „selbsternannte ‚Experten‘ und Dilettanten das große Wort gesprochen und damit das Volk in Verwirrung gestürzt“.

Die 15. Synode der Kirche von Südindien (CSI) traf Mitte Januar 1976 zwei historische Entscheidungen für die Entwicklung der Anglican Communion (EPS, 29. 1. 76, und „Church Times“, 23. 1. 76): 1. Einmütig wurde Frauen das Recht auf die Priesterweihe zuerkannt, nachdem schon seit 1970 Diakoninnen geweiht werden konnten. 2. Grundsätzlich angenommen wurde ein gemeinsames Statement der CIS (1947 durch Vereinigung von Anglikanern, Presbyterianern, Methodisten und Kongregationalisten als Muster anglikanischer Unionskirchen gebildet), der Lutherischen Kirche, der Mar-Thoma-Kirche und der Kirche von Nordindien über eine „Vereinigte Kirche von Indien“ (Bharat Christian Church). Es soll nach Prüfung auf der nächsten Synode 1978 verabschiedet werden. Wird das Dokument von allen Beteiligten akzeptiert, so bedeutet das ein ausdrückliches Bekenntnis zum „historischen Episkopat“ auch durch die Lutheraner. Über diese beiden Dokumente hinaus ist angesichts der innenpolitischen Lage Indiens, die nicht ohne Vorbehalte erörtert wurde, der Beschluß bezeichnend, daß die Kirche außerordentliche Fastenmaßnahmen einführt, um das Programm von Indira Gandhi zu fördern. Jede Woche sei der Betrag für eine Mahlzeit den Ärmsten zuzuwenden, jeden Monat soll eine arme Familie zum Essen eingeladen werden, und ein Tageslohn im Monat sei für Entwicklungshilfe abzuführen. Bischof *Ananda R. Samuel*, der als Moderator wiedergewählt wurde, forderte eine Umstrukturierung der Kirche für den Dienst an den Armen. So sollten die Mitgliedskirchen nicht benötigten Grundbesitz für Wohnungen an Unterprivilegierte abtreten. Die Einführung von „Laienpfarrern“ auch mit Sakramentsverwaltung sowie eines ständigen Diakonats wurde geplant. Innerer Ausbau der Kirche und soziales Engagement werden von der südindischen Kirche als Einheit erkannt.

Ein Aufruf der „Frelimo“-Regierung in Moçambique zum Kirchenkampf hat im Lande selbst und in afrikanischen Nachbarstaaten Verwirrung und Unruhe gestiftet. Ende Januar wurde bekannt, daß unter den Polit-Kommissaren ein Papier zirkuliert, das genaue Anweisungen zur Bekämpfung der Religion und des Einflusses der Kirchen enthält (vgl. DIA, 19. 1. 76). Die politischen Führer werden darin angehalten, die Massen vor jeglichem Druck oder einer Verpflichtung zur Teilnahme an religiösen Veranstaltungen zu schützen. Wenn diese Verpflichtung fortfalle, werde die Religion wohl bald in Vergessenheit geraten. Neben dieser Anleitung zum „Einschläfern“ enthält das Dokument auch massive Attacken gegen die katholische Kirche, die als „reaktionäre Organisation mit Verbindung zu den konterrevolutionären Aktivitäten im Lande“ hingestellt wird. Die Volksrepublik Moçambique könne den Weg des Sozialismus und Kommunismus nicht gehen, wenn „dem Einfluß dieser Kirche und ihren Aktivitäten nicht ein für alle Mal ein Ende gesetzt“ werde. Allerdings wird für das Vorgehen ein Stufenplan entwickelt. Die Frelimo könne die katholische Kirche erst zerstören, sobald „der politische Kampf und die Produktionskräfte ein genügend hohes Niveau erreicht haben: „Solange wir nicht ausreichend ausgestattet sind und das Volk entsprechend erzogen haben, hätte ein Frontalangriff gegen die Kirche zur Folge, daß man ihr noch größeren Einfluß auf das Volk einräumt, das sie immer noch unterstützt.“ Schon jetzt müsse aber der Kampf auch innerhalb der Kirche ausgetragen werden – „mit kommunistischer Aktivität und Kampfkraft“. Damit könne dann allmählich das „religiöse Element“ vom „marxistischen Element“ abgelöst werden. Auf diese Weise könnten die Katholiken vielleicht ihre eigene Kirche zerstören. Die bisher schärfste Reaktion auf diese eindeutige Kampfansage stammt von der in Kenia erscheinenden Wochenzeitung „Target“ (vgl. DIA, 22. 1. 76), die in einem Leitartikel von einem schweren Schock für all die Menschen sprach, die in der Vergangenheit die Frelimo in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus unterstützt hätten. Der atheistische Marxismus, dem das neue Regime huldige, gehöre ins vorige Jahrhundert und sei überdies zutiefst unafrikanisch. Auch Nichtchristen seien über den schweren Eingriff, den dieses Kampfprogramm für die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Bürger von Moçambique bedeute, schockiert. Fast zur gleichen Zeit wie die Anweisung an die Polit-Kommissare wurde auch eine Erklärung der acht Bischöfe des Landes bekannt (NCNS, 30. 1. 76), in der diese gerade der sozialistischen Revolution ihre Unterstützung zusagten. Ihre derzeitige Armut könne sie den Armen näherbringen in ihrem Kampf für „Hoffnung und Freiheit“: „Wir möchten uns der Revolution zur Verfügung stellen, die sich das Ziel gesetzt hat, die Gesellschaft in Moçambique radikal umzuformen in eine Gemeinschaft der Solidarität für alle Menschen guten Willens, ob Glaubende oder Nichtglaubende.“

## Zeitschriftenschau

### Theologie und Religion

GANOCZY, ALEXANDRE. **Jesus der Christus für alle Zeiten?** In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 84 Heft 6 (November/Dezember 1975) S. 338–350.

Nach dem Jesus-Buch von W. Kasper (das von E. Schillebeeckx war noch nicht erschienen) wird nach den „Bedingungen der Möglichkeit von Jesus als dem Christus für alle Menschen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ (auch der Abständigen und Atheisten) gefragt, aber nicht mit einer transszendentalen Methode, sondern vom historischen

Jesus her mit seinem eigentümlichen „Basileia-Verhalten“. Dieses wird ermittelt aus der Besinnung auf den Gott Jesu, den Jahwe der Propheten, der Herr aller Völker ist, bereit, mit einem offenen Bund andere Völker aufzunehmen und nationale Grenzen zu sprengen. „Jesus sagt und tut, was Jahwe sagt und tut.“ Er gibt sich hin, aber er gibt sich nicht auf. We-